

Dr. Cornelia Ernst

DIE LINKE im Wahljahr 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr verehrte Gäste,

wer sich am Flughafen trifft, denkt ans Fliegen. Fliegen verbindet unser schönes Sachsen mit der ganzen Welt. Hoch über der Erde sieht man, wie sich unser Land verändert hat. Aber man sieht auch die klaffenden Lücken. Und es bedrückt, dass immer mehr Menschen nicht vergönnt ist, die Welt zu bereisen. Mühsam Erarbeitetes droht unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise abzustürzen. In diesem Umfeld machen wir LINKEN in Sachsen Politik und nicht in den Wolken. Wir wollen nicht wegfliegen und auch nicht abheben, was vielleicht unseren politischen Kontrahenten gefiele.

Wenn wir heute unser Landtagswahlprogramm beschließen, dann soll das ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes sein, hier in Sachsen ihre Perspektive zu sehen und zu finden. Und es ist ein Angebot für Ankommende, sich hier willkommen und wohl zu fühlen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir wollen mit unserem Wahlprogramm keine weißen Kaninchen aus dem Hut zaubern. Wir werden uns nicht an einem sinnlosen Wettkampf um das hübscheste soziale Wahlkampfversprechen - das nach der Wahl wieder im Orkus verschwindet - beteiligen.

Denn das Original sozialer Politik in Deutschland sind wir, DIE LINKE! Sozial ist nicht das Gerede derer, Dinge zu versprechen, die sie seit Jahren hätten umsetzen können. Sozial ist, was tatsächlich im Alltag bei den Menschen ankommt! Und dafür sind wir ein Garant!

Was soll man schon davon halten, wenn nun der Union die Erhöhung des Schonvermögens von Hartz 4-Empfängerinnen einfällt, nachdem sie dafür sorgte, dass Millionen Menschen durch ihre arrogante Herrschaftspolitik in Armut getrieben wurden? Was soll man davon halten, wenn die SPD wieder mal den gesetzlichen Mindestlohn will, und dann entsprechende Initiativen der LINKEN im Bundestag weiter tapfer ablehnt? Wie kommt sich ein Arbeitsloser vor, der durch CDU und SPD zur Rente mit 67 verknackt ist und nun erfährt, dass dieselbe SPD in ihrem Wahlprogramm eine Teilrente mit 60 will.

Die Menschen in diesem Land brauchen keine leeren Versprechungen, sie brauchen eine berechenbare soziale Politik für den Alltag. Wir brauchen eine Politik für Millionen und nicht für Millionäre!

Wir, DIE LINKEN, streiten nicht für soziale Almosen, sondern wir streiten für die soziale Sicherheit aller Menschen. Der Kampf um soziale Sicherheit ist der Anfangs- und Endpunkt unserer Politik.

Liebe Genossinnen und Genossen,
die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise bringt den Wirtschaftsliberalismus mehr und mehr zum Einsturz. Dass der Markt alles schon irgendwie regelt, glauben nur noch Hartgesottene.

Noch vor einem Jahr galt der Ruf nach Bankenzwangsverstaatlichung als postkommunistischer Putschversuch, Mitarbeiterbeteiligung und Teilverstaatlichung als VEB und letzte Rache Honeckers. Heute reden wir offen über staatliche Beteiligung bei Qimonda und die Frage ist, ob die CDU überhaupt fähig ist, ihre ideologischen Scheuklappen abzustreifen und sich offensiv dem gesamten Ausmaß der Krise zu stellen.

Einer Statistik des DGB Sachsen zufolge waren zur Jahreswende 2008/09 7500 Beschäftigte aus 265 Betrieben in Kurzarbeit. Ende März waren es in Sachsen schon 35.000 und bundesweit 700.000. Entlassen wurden mittlerweile auch in Sachsen, vor allem Leiharbeiter, bei VW, BMW, Porsche, Hymer Wohnmobile, Spadshirt Leipzig, Postpress Leipzig, im Ostmaschinenbau, TMD Coswig, die ENKA-Werke wurden geschlossen. Entlassen haben der Tiefbau Thiendorf, der Müllentsorger ESK Kamenz, Strabag Bau, die DIS Dresden, Planeta Radebeul. Besonders betroffen ist die Chemieindustrie, die Metalltechnik, der KFZ-Bau und Zubehör, E-Technik, Textilindustrie sowie Chemie und Pharma. Insolvent sind Hertie, Woolworth, der Dresdener Anlagenbauer SAM. Die Industrieumsätze betragen in Sachsen im ersten Quartal im Durchschnitt 50% verglichen zum Vorjahr. Die Auftragseingänge in der Industrie sind um 57%, im Export bis zu 86% zurückgegangen. Betroffen sind auch Handwerker, wie in Chemnitz, wo zwei Drittel von ihnen extreme Umsatzeinbrüche haben.

Gegenwärtig steht insbesondere im Osten die gesamte besonders nach der Wende entstandene industrielle Infrastruktur zur Disposition.

Was wir erleben ist Kapitalismus pur, würde Marx sagen. Die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Verhinderung des sozialen Absturzes Tausender Menschen verlangen Entschlossenheit, Mut zur Entscheidung und die Überwindung ideologischer Grenzen, Ansprüche, denen die CDU in Sachsen nicht gewachsen ist.

Tillich ist der Ministerpräsident der Superillu. Wir erleben ihn als Osterreiter, Ordensverteiler, Sempersballtänzer, Laudatioredner, Schatullenentgegennehmer im Kreml und 850-PS-Kamaz-Laster-Mitfahrer mit dem tatarischen Ministerpräsidenten.

Das ist irgendwie schön, aber wieso braucht er dafür das Amt des Ministerpräsidenten? Im Kern steht Tillich symbolisch für eine einfallslose und entschlossarme CDU. Einen solchen Vorwurf hätte ich vermutlich Biedenkopf nie gemacht. Im Unterschied zu Biedenkopf hat Tillich nicht einmal den Ansatz einer Vision für dieses Land.

Genossinnen und Genossen,
die CDU hat ihren Zenit als Regierungspartei überschritten. Abwärts geht die Reise und dabei agiert sie wie eine echte Zockerin. So hat sie die Sachsen LB verzockt. Jetzt läuft sie Gefahr, die Vorzüge Sachsens zu verzocken, Sachsen als ein Land mit großer Ingenieurstradition, als

eine historisch gewachsene Wirtschafts- und Energieregion, als ein Land mit dem einst dichtesten Eisenbahnnetz Deutschlands und einer weltbekannten kulturellen, wissenschaftlichen und landschaftlichen Tradition, als das Land mit dem einzigen europäischen Hightech- Standort. Und sie verspielt auch die demokratischen Traditionen Sachsens durch einen arroganten und selbstherrlichen Regierungsstil.

Deshalb gehört am 30. August die CDU aus der Regierung abgelöst!

Weil wir nicht zusehen wollen, dass aus Sachsen bundesweit die meisten jungen Frauen abwandern!

Weil wir nicht wollen, dass Sachsen deutschlandweit Spitzenreiter bleibt mit den meisten Hartz-IV-Aufstockern, mit dem niedrigsten Tariflohn und der höchsten Kinderarmutsrate in einer Region, nämlich in Görlitz!

Weil Sachsen nicht länger Vorreiter der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sein soll! Strom, Wasser und ÖPNV sind keine Spekulationsobjekte, das steht für uns fest.

Weil sich Sachsen seinen einstigen Ruf als weltoffenes Einwanderungsland wieder erobern muss!

Weil wir ein entschlossenes demokratisches Bündnis brauchen, dass Nazis den Boden entzieht.

Eine Alternative links von der CDU ist möglich!

Unser Wahlziel heißt daher 25 plus X!

Genossinnen und Genossen,

DIE LINKE in Sachsen stellt sich mit ihrem Wahlprogramm fünf grundsätzlichen Herausforderungen.

Erstens: Im Unterschied zur CDU will DIE LINKE in Sachsen zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise nicht nur Schutzschirme für Banken, sondern einen Schutzschirm für die Menschen. Die wichtigste Aufgabe der kommenden Legislatur besteht in der Stabilisierung des Arbeitsmarktes. Dazu gehört für uns auch die Nutzung solcher Instrumente wie Teilverstaatlichung, Beteiligung der öffentlichen Hand oder Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmenskapital.

Wir wollen öffentliche Beschäftigung durch ein umfassendes Landesarbeitsmarktprogramm fördern und öffentliche Unternehmen stärken. Zum Beispiel die Rekommunalisierung von Stadtwerken.

Aber all das ist nichts, wenn uns nicht die radikale Abkehr von der menschenunwürdigen Niedriglohnpolitik gelingt!

Nur ein gesetzlich garantierter Mindestlohn, von dem die Menschen auch leben können, kann vor Armut schützen.

Niedriglöhne erniedrigen. Niedriglöhne entrenchen.

Wir brauchen einen menschenwürdigen Mindestlohn und verstehen darunter auch, dass überall für gleiche Arbeit der gleiche Lohn gezahlt wird.

Diese alte gewerkschaftliche Forderung muss für Leiharbeiter gelten und auch für Frauen, die heute noch bis zu einem Drittel weniger für die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen bekommen.

Zweitens:

Im Unterschied zur CDU versteht DIE LINKE in Sachsen soziale Sicherheit als Bedingung für ein selbst bestimmtes Leben in Würde. Jeder 2. in Sachsen hat nach einer Umfrage der Volkssolidarität Angst zu verarmen, jeder 3. sieht seine Entwicklung in den letzten 5 Jahren als sozialen Abstieg.

Hartz IV ist für viele Menschen der Inbegriff von Entmündigung, Gängelung, Willkür und Verarmung. Vor kurzem erzählte mir eine Sozialberaterin in Dresden, dass sich ein Bedürftiger an sie wandte, weil er für die Erstaussstattung seiner Wohnung vom Sozialkaufhaus nur einen einzigen Stuhl erhielt mit der Begründung, dass ihm als Alleinlebenden nur ein Stuhl zustehen würde. Soll dieser Mann jetzt vor Gericht gehen, damit er einen zweiten Stuhl bekommt?

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine solche Politik ist mit DER LINKEN nicht zu machen!

Wir werden es uns auf allen Ebenen - ob in Opposition oder Regierungsverantwortung - zur ersten Aufgabe machen, dass Hartz IV abgeschafft wird! Nicht Hartz IV brauchen die Menschen, sondern eine repressionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung!

Fangen wir mit den Kindern an! Sogar die Kirchen in Deutschland fordern seit langem eine Kindergrundsicherung - kein Kind darf länger wegen seiner sozialen Herkunft benachteiligt werden!

Drittens:

Im Gegensatz zur CDU ist DIE LINKE die Bildungspartei in Sachsen. Wir haben die besseren Ideen, die besseren Konzepte, die besseren Fachpolitiker und eine bessere Partei voller enthusiastischer Bildungsfans.

Wenn der Schlüssel persönlicher Entwicklung in der Ausbildung aller Fähigkeiten eines Menschen liegt, dann darf Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Zu unserem Bildungsideal gehört der Rechtsanspruch jedes Kindes auf ganztägige Betreuung ab. 1. Lebensjahr, gebührenfreie Bildung, kostenfreies Mittagessen, konsequente Lernmittelfreiheit, elterngeldfreie Schülerbeförderung bis hin zu einem kostenfreien ÖPNV-Ticket für Schülerinnen und Schüler und wir wollen „Eine Schule für alle“.

Wir halten solche Dinge nicht für zu teuer, sondern für gerade gut genug für alle Kinder. Hier beginnt soziale Gerechtigkeit für uns - wo denn sonst?

Viertens:

Im Unterschied zur CDU lässt sich mit DER LINKEN nicht über den Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten feilschen. Freiheitsrechte sind keine Verhandlungsmasse für mehr Sicherheit der Bürger.

Ja, die Menschen sollen in Sicherheit leben und vor Kriminalität geschützt werden. Aber keine Online-Untersuchung macht unser Leben sicherer, kein KFZ-Kennzeichenscreening, keine pauschale Videoüberwachung öffentlicher Räume, keine pauschale Speicherung von Telefondaten. Wer vor Kriminalität warnen und aufklären will, braucht starke Präventivmaßnahmen, bürgerschaftliche Mitwirkung und eine Polizei, die so aufgestellt ist, dass sie ihren Aufgaben auch nachkommen kann. Die CDU hat in den letzten Jahren mit radikalen Stellenkürzungen in der Landespolizei bei gleichzeitigem Abzug der Bundespolizei ihre Reputation und das Vertrauen vieler Polizistinnen und Polizisten verloren. DIE LINKE wird mit dieser fahrlässigen Politik im Bereich der Sicherheit Schluss machen!

Genossinnen und Genossen, was Sachsen grundsätzlich braucht ist ein sozialer Rechtsstaat, der garantiert, dass gesetzlich zustehendes Recht auch gilt. Dass nicht, wie beim DRK-Rettungsdienst Borna unliebsame Mitarbeiter Hausverbot erhalten und 2 Tage vor Weihnachten vor der letzten Nachtschicht mitgeteilt bekommen, dass sie fristlos gekündigt sind und keinen Lohn mehr für Dezember erhalten. Auch, wenn diese Mitarbeiter vor Gericht Recht erhielten, ist es unzumutbar, dass Menschen sich das ihnen zustehende Recht erst gerichtlich einklagen müssen. Wir wollen keine Gesellschaft, in der man Angst haben muss, den Mund aufzumachen, deshalb sind wir mit den Bornaer Kolleginnen Kollegen solidarisch!

Liebe Genossinnen und Genossen,

und fünftens wollen wir im Unterschied zur CDU mit einem konsequenten Umweltschutz und einer Energiewende in Sachsen ernst machen. Wir haben nur eine Umwelt und daher muss diese Politik alle anderen Bereiche durchziehen. Eine Umkehr in der Verkehrspolitik, Mobilität für alle, stärkere Orientierung auf Zug, Bus, Rad, die Einrichtung von Umweltzonen, die Hinwendung zu konsequentem Natur- und Tierschutz und eine gentechnikfreie Landwirtschaft sind schon lange kein grünes Alleinstellungsmerkmal mehr.

Wir bekennen uns nachhaltig zum Ausstieg aus der Atomenergie, im Übrigen auch, weil uns so Frieden sicherer ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

als wir vor fünf Jahren unser Wahlprogramm aufstellten, war nicht klar, was aus der PDS werden würde. Noch 2 Jahre davor scheiterte die PDS an der 5%-Hürde in der Bundestagswahl. Zwei Frauen – Petra Pau und Gesine Löttsch waren damals allein zu Haus im Bundestag und haben tolle Arbeit gemacht. Erst 2005 mit dem gemeinsamen Wahlantritt von Linkspartei und WASG entstand eine neue Perspektive. Und neue Hoffnung auf bundesweite linke Politik. Mit DER LINKEN hat sich 2007 eine völlig neue Partei bundesweit etabliert. Wir schöpfen unsere gemeinsamen Erfahrungen aus den Gewerkschaften, linken Initiativen, aus den Kämpfen der Sozialisten, Kommunisten und linken Sozialdemokraten und aus dem ganz

alltäglichen Leben von Menschen, die noch nie in einer Partei waren. Unsere jüngeren Wurzeln stammen nicht mehr nur vor allem aus der DDR sondern auch aus der Altbundesrepublik, aus den großen gewerkschaftlichen Kämpfen der 50 er Jahre, aus den 68ern, aber auch aus dunklen Zeiten, wie den Berufsverboten gegen Kommunisten und DKPler.

Wir haben als Partei einen doppelten Gründungskonsens. Das Jahr 1989, als die SED auf ihrem Außerordentlichen Parteitag ihre Abkehr von jedwedem Stalinismus beschloss und sich vor den Menschen in der DDR für die Fehler und Verbrechen im Namen des Sozialismus entschuldigt hatte. Und das Jahr 2007, als wir die Partieneubildung zur LINKEN besiegelten und – auf Augenhöhe – die Vereinigung von Ost und West nachholten.

Die PDS und jetzige DIE LINKE stellt sich der Geschichtsdebatte über die DDR. Wir beschönigen das Scheitern der DDR nicht, gerade deshalb nicht, weil sie von ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern weg demonstriert wurde. Wir haben großen Respekt vor all denjenigen, die Unrecht oder Verfolgungen in der DDR ausgesetzt waren und setzen uns nach wie vor für deren Rehabilitierung und Unterstützung ein. Aber gelebtes Leben in der DDR darf nicht kriminalisiert und für zweitrangig erklärt werden. Damit wissen wir uns mit der Mehrheit der Menschen im Osten einig, die Differenzierung einfordern und selbstbewusst auch zu positiven Seiten der DDR stehen. Natürlich war die DDR kein Rechtsstaat mit einer unabhängigen Justiz und entsprechenden Freiheits- und Bürgerrechten. Aber ebenso wenig war sie ein Unrechtsstaat!

Nach dem zweiten Weltkrieg einen anderen als kapitalistischen, einen sozialistischen Weg einzuschlagen, war legitim.

Übrigens auf eine Anfrage im Bundestag, was denn ein Unrechtsstaat sei, antwortete die Bundesregierung, dass es den Begriff „Unrechtsstaat“ weder im Völkerrecht, noch in der Rechts- Sozial- oder Geisteswissenschaften gibt.

Das Hauptproblem der Wiedervereinigung Deutschlands ist die fehlende Augenhöhe zwischen Ost und West. Wenn jetzt Franz Müntefering mit seinem Vorschlag für eine neue gesamtdeutsche Verfassung kommt, kommt er 20 Jahre zu spät.

Von links wurde 1990 ein entschiedener, zugleich illusionsloser Kampf um eine gesamtdeutsche Verfassung geführt. Die Verfassungsinitiativen des Runden Tisches und des Kuratoriums für einen demokratischen Bund deutscher Länder waren ehrenvolle Versuche, dem mit der Vereinigung einsetzenden Rechtsruck im Verfassungsrecht eine Alternative entgegenzusetzen. Gerhard Riege und Uwe Jens Heuer vertraten die PDS damals in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat (GVK). Die Linke im Bundestag brachte fast vor genau 15 Jahren einen Verfassungsentwurf nach Art. 146 GG in den Bundestag ein.

Statt gesamtdeutscher Verfassung folgte aber ein einseitiger Beitritt zur Bundesrepublik. Damit wurde eine große Chance für einen gesamtdeutschen Aufbruch in der Bundesrepublik

vertan.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir sind mitten in einem ereignisreichen Superwahljahr. DIE LINKE in Sachsen ist landesweit gut aufgestellt, sie ist kraftvoll und ehrgeizig. Mit einer neu strukturierten Partei vor Ort, mit selbstbewussten und leistungsfähigen Kandidatinnen und Kandidaten stellen wir uns der Konkurrenz.

Denkt dran, liebe Genossinnen und Genossen, vor dem zweiten Schritt kommt immer der erste. In den Kommunalwahlen wollen wir unseren Einfluss vor Ort verstärken. Da ist es ein gutes Zeichen, wenn wir jetzt endlich auch einen Kulturbürgermeister in Leipzig haben, Glückwunsch, Genoss/innen und viel Erfolg mit Kulturbürgermeister Faber!

Am 7. Juni wird der Blick auf die größeren Städte gerichtet werden, in denen wir gute Wahlchancen haben, wie in Leipzig, wo wir um Platz 1 kämpfen, aber auch in Chemnitz, Plauen, Zwickau. Aber ebenso wichtig sind die Gemeinden, wo manchmal nur ein oder zwei Kandidaten aufgestellt sind. Unterstützen wir uns gegenseitig in den Wahlkämpfen, auch und besonders in den kleineren Orten! Wir brauchen überall eine starke LINKE.

Die Kommunalwahlen werden dadurch erschwert, dass ihr größter Teil bereits vor einem Jahr stattfand. Damit wird es auch leider nicht möglich sein, ein Gesamtergebnis abzuleiten oder gar Trends mit Blick auf die Landtagswahlen abzuleiten.

Wie immer gilt: Gute Kommunalwahlergebnisse sind die besten Voraussetzungen einer erfolgreichen Landtagswahl!

Bundespolitisch werden natürlich am 7. Juni die Europawahlen die erste Geige spielen. Wir gehen als proeuropäische Partei in die Europawahlkämpfe, als eine Partei, die konsequent gegen die Militarisierung Europas und für einen europäischen Pakt gegen Armut ins Rennen geht. Wir treten an als eine Partei, für die Internationalismus keine Floskel und Frieden keine Illusion ist. Deshalb kämpfen wir Sachsen auch dafür, dass der Flughafen Leipzig / Halle nicht für militärische Zwecke genutzt wird.

Unser Ziel für die Europawahl heißt 10 plus X!
Wir haben erstmals gute Chancen, mindestens zwei vielleicht sogar drei Sachsen ins Europaparlament zu schicken.

Genossinnen und Genossen,
am 30. August besteht in der Tat die Chance, in gleich mehreren Bundesländern Pflöcke für einen realen Politikwechsel einzuleiten.

Wir gehen mit großer Zuversicht und geschlossen in diese Wahlen.

Mit unserem Landtagswahlprogramm schaffen wir dafür eine Grundlage. Es basiert wie kein anderes zuvor auf den Erfahrungen und Ideen unseres gesamten Landesverbandes.

Vor einem Jahr haben wir begonnen, gemeinsam mit Landeszusammenschlüssen unserer Partei, Landesrat, der Landtagsfraktion und vielen, vielen Genossinnen und Genossen, ja sogar auch interessierten Bürger, die über unser Wiki ihre Ideen einbrachten, unser Wahlprogramm zu schreiben. Wir haben Konvente, Regionalkonferenzen durchgeführt, immer wieder unsere inhaltlichen Positionen zur Disposition gestellt. Wir haben einen zutiefst demokratischen Prozess organisiert. Ich kenne keine zweite Partei, in der ähnliches versucht wird, geschweige denn funktioniert. Wir haben Hunderte Hinweise, Wünsche, Änderungen auf den Tisch bekommen. Dafür möchte ich Euch allen herzlich danken! Der besondere Dank gilt denjenigen, die diesen Prozess im Auftrag des Landesvorstandes geführt und auch ausgehalten haben – Annekathrin Kleppsch, Stefan Hartmann und Caren Lay! Diese drei haben jeden Vorschlag geprüft, Neues eingearbeitet, Altes verworfen und wieder bearbeitet, eine wirkliche Herkulesarbeit! Habt Dank!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir legen den Bürgerinnen und Bürgern ein modernes linkes Wahlprogramm für soziale Gerechtigkeit vor, ein Programm, das wir mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und ab Herbst 2009 auch umsetzen wollen.

Gehen wir also an den Start.

Vertrauen wir der Kraft der Menschen in diesem Land.

Vertrauen wir der eigenen Kraft.

Machen wir Nägel mit Köpfen!